

Geschäftsführung
Ansprechpartner/in: Frau Gutenberger

Telefon: (0221) 221-98313
Fax: (0221) 221-98347
E-Mail: petra.gutenberger@STADT-KOELN.DE

Datum: 01.06.2007

Niederschrift

über die **22. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 10.05.2007, 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr, Bürgeramt Kalk, (Nebengebäude des Bezirksrathauses) Raum 901

Anwesend waren:

Bezirksvorsteher/in

Herr Winfried Dohm

Bezirksvertreter/innen

Frau Dr. Angela Behring
Herr Özgür Demirel
Frau Sabine Diemer
Frau Eva-Maria Gärtner-Plückthun
Herr Jörg Grahl
Herr Walter Hambloch
Herr Bruno Kirchner
Herr Oliver Krems
Frau Karin Mittmann
Herr Jörn Schade
Frau Kerstin Schmedemann
Herr Wolfgang Schneider
Herr Jürgen Schuiszill
Herr Joachim Sledzinski
Frau Brigitte Sobania
Herr Markus Thiele
Frau Daniela Topp-Burkhardt
Frau Christa Wirtz

Ratsmitglieder

Frau Ursula Gärtner
Herr Michael Paetzold
Herr Stephan Pohl

Verwaltung

Herr Bürgeramtsleiter Norbert Becker
Michael Irion
Frau Nora Scheper

Seniorenvertreter/in

Herr Kurt Henn

Presse Zuschauer

Die Fraktionen reichen unter TOP 7.2.7 einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Bau einer Überdachung im Eingangsbereich der Sporthallen der Katharina-Henoth-Gesamtschule“ ein. Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt mündlich zu dem TOP.

Die SPD – Fraktion beantragt, die Punkte 7.1.1 und 8.1.2 zu vertagen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, TOP 7.2.6 zu vertagen.

Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vortrag des stellvertretenden Leiter der Wache Kalk, Herrn Kelleter, zu Umstrukturierungen bei der Polizei

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 HS**
- 3 Einwohneranträge gem. § 25 GO, § 15 Abs. 7 HS**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS**
- 6 Annahme von Schenkungen**
- 7 Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 abs. 1 HS
 - 7.1.1 Antrag der CDU - Fraktion "Leichtere und sicherere Überquerung der Eiler Straße in Köln Rath/Heumar
 - 7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO
 - 7.2.1 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gesamtplanung für die durchzuführenden Schnitte und Fällungen in den einzelnen Stadtteilen des Stadtbezirks Kalk
Unterlagen wurden bereits zur Sitzung 22.03.07 umgedruckt
 - 7.2.2 Antrag der Fraktionen CDU und SPD-"Parkende LKW an der Abenteuerhalle"
 - 7.2.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Finanzierung der Sicherheitsleistungen bei Kulturveranstaltungen im Bezirksrathaus Kalk"
Ersetzungsantrag der CDU - Fraktion -Tischvorlage-
 - 7.2.4 Antrag der CDU - Fraktion: "Aufstellung eines Müllbehälters am Grillplatz in Köln-Brück"

- 7.2.5 Antrag der CDU - Fraktion: "Wildes Parken von LKW und Reisebussen im Bereich Neubrück
Ergänzungsantrag der SPD - Fraktion als Tischvorlage in der Sitzung
- 7.2.6 Antrag der CDU: "Ordnungspartnerschaft der Stadt Köln zum Thema Lärm im Stadtbezirk"
- 7.2.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen- Bau einer Überdachung im Eingangsbereich der Sporthallen der Katharina-Henoth-Gesamtschule

8 Verwaltungsvorlagen

- 8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
 - 8.1.1 Bike-and-ride-Konzept der Stadt Köln
hier: Standorte für Fahrradboxen im Stadtbezirk Kalk
Unterlagen wurden bereits zur Sitzung am 01.02.07 umgedruckt
Änderungsanträge der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Ds-Nr. 002/807
 - 8.1.2 Bericht über den Ausführungsstand der Beschlüsse der Bezirksvertretung Kalk - Halbjahresbericht-
Vorlage wurde separat ausgehändigt
DS Nr. 004/807
 - 8.1.3 Verwendung der Kulturmittel für den Stadtbezirk Kalk 2007
DS NR: 009/807
- 8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS
 - 8.2.1 Fünfjahresprogramm der Erschließungsmaßnahmen / Straßenbau
hier: Erschließungsmaßnahmen 2007
Ds-Nr.: 0305/007
 - 8.2.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar
Ergänzungsantrag der SPD - Fraktion
Ds-Nr.: 0332/007
 - 8.2.3 Festlegung der Zügigkeit der Grundschulen in städtischer Trägerschaft
Bestätigung der Zügigkeit in Zusammenhang mit der Abschaffung der Schulbezirke
Ds-Nr.: 0369/007
 - 8.2.4 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74459/07
Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim
Ds-Nr.: 0399/007
 - 8.2.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70459/05
Arbeitstitel: Kunttstraße in Köln-Kalk
Ds-Nr.: 0418/007
 - 8.2.6 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW

(LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
Ds-Nr.: 0425/007

9 Anfragen gem §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 9.1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 9.1.1 Interfraktionelle Anfrage der BV Kalk am 22.03.07- Vermietung eines Ladenlokals im Bezirksrathaus Kalk
 - 9.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion: Sachstand städtische Immobilie "Gräfenhof" in Köln-Brück
 - 9.1.3 Autobahnhinweisschild Hans-Schulten-Straße
hier: Anfrage des RM Pohl aus der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 01.02.2007, TOP 9.3.4
 - 9.1.4 Linksabbieger von der Olpener Straße in den Pohlstadtsweg
hier: Anfrage Frau Topp-Burghardt (CDU-Fraktion) aus der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk vom 01.02.2007, TOP 9.3.3
 - 9.1.5 Rahmenplanung zur städtebaulichen Entwicklung des Stadtbezirks Kalk - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung am 22.03.07
 - 9.1.6 Ehemaliges Pförtnerhäuschen der Fa. Madaus-Anfrage des Einzelvertreters Kirchner (NPD in der Sitzung am 22.03.07
Tischvorlage
- 9.2 Neue Anfragen
 - 9.2.1 Anfrage der CDU - Fraktion: "Udmurtisches Holzhaus des Künstlers Igor Sacharov-Ross auf dem Gelände der BK Westerwaldstraße (Georg-Simon-Ohm-Schule)"
Stellungnahme des Fördervereins "Syntopia e.V." liegt vor
Stellungnahme Verwaltung -Tischvorlage-
 - 9.2.2 Anfrage der Einzelvertreterin Sobania (pro Köln) - Schwimmkenntnisse der Kalker Schüler
Stellungnahme der Verwaltung liegt vor - Tischvorlage-
 - 9.2.3 Anfrage der Einzelvertreterin Sobania (pro Köln): Jugendbande in der Ostheimer Straße
 - 9.2.4 Anfrage der SPD- Fraktion: Grundstücksmarktbericht 2007 für den Stadtbezirk Kalk
Stellungnahme der Verwaltung liegt als Tischvorlage vor
 - 9.2.5 Anfrage der CDU - Fraktion: Aufstellung einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage
- 9.3 Mündliche Anfragen
 - 9.3.1 Anfrage von Herrn Schneider (SPD - Fraktion) - Baumaßnahmen auf dem städtischen Grundstück Kuthstraße neben dem Vingster Hof
 - 9.3.2 Anfrage von Herrn Thiele (SPD - Fraktion): Parkplatzsituation rund um das Höhenbergbad in der Germaniasiedlung in Höhenberg

10 Mitteilungen

- 10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers
 - 10.1.1 Bericht von Herrn Bezirksvorsteher Dohm zu Einbürgerungen
- 10.2 Mitteilungen der Verwaltung
 - 10.2.1 Umsetzung des Ratsbeschlusses "Aufbau sozialraumorientierter Hilfsangebote in Köln" Beauftragung der Träger der weiteren 4 Sozialräume
 - 10.2.2 Aufstellung von Spielgeräten auf öffentlichen Spielplätzen hier: Spielplatz "An der Rather Burg" in Köln-Rath/Heumar
 - 10.2.3 Bezirksdienliche Mittel 2006, die dem "Sport in Köln" zugute gekommen sind
 - 10.2.4 1. Spendeneinnahmen für öffentliche Spielplätze in 2006
2. Plätze durch Investoren finanziert
 - 10.2.5 Spielplatzpatenschaften in Köln im Jahr 2006
 - 10.2.6 Möblierung des Gehwegs im Bereich Kalker Hauptstraße/Vietorstraße
Stellungnahme zum entsprechenden Beschluss der BV Kalk am 01.02.2007
 - 10.2.7 Baumaßnahmen Offene Ganztagschule im Primarbereich
hier: Einzelvorhaben mit Terminproblemen
 - 10.2.8 Sonderprogramm für Unterhaltungsmaßnahmen im öffentlichen Straßenland
 - 10.2.9 Schall- und Lärmentwicklung im Ortsteil Brück
 - 10.2.10 Prioritätenliste Fahrgastunterstände
 - 10.2.11 Bürgeraktion " Notinsel"

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 11.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
- 11.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO

12 Verwaltungsvorlagen

- 12.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
- 12.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

13 Anfragen

- 13.1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- 13.2 Neue Anfragen

14 Mitteilungen

- 14.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers
- 14.2 Mitteilungen der Verwaltung

I. Öffentlicher Teil

Vortrag des stellvertretenden Leiter der Wache Kalk, Herrn Kelleter, zu Umstrukturierungen bei der Polizei

Herr Kelleter informiert über die beabsichtigten organisatorischen Änderungen bei der Polizei und beantwortet Fragen der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter.

Eine entsprechende Übersicht ist in der Anlage beigefügt.

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 HS**
- 3 Einwohneranträge gem. § 25 GO, § 15 Abs. 7 HS**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS**
- 6 Annahme von Schenkungen**
- 7 Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS**
 - 7.1.1 Antrag der CDU - Fraktion "Leichtere und sicherere Überquerung der Eiler Straße in Köln Rath/Heumar**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen erreicht werden kann, dass die Anwohner der Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar in Höhe der Bushaltestelle vor Haus Nummer 49 die Straße leichter und sicherer überqueren können. Geprüft werden sollte die Errichtung einer Bedarfsampel, eines Zebrastreifens oder einer Querungshilfe.

-geschoben-

- 7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO**
 - 7.2.1 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gesamtplanung für die durchzuführenden Schnitte und Fällungen in den einzelnen Stadtteilen des Stadtbezirks**

Kalk
Unterlagen wurden bereits zur Sitzung 22.03.07 umgedruckt

Frau Dr. Behring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag.

Herr Schuiszill erklärt für seine Fraktion, dass diese dem Antrag aufgrund des Vortrags der Verwaltung im Fachgespräch nicht zustimmen wird. Er dankt dem Grünflächenamt für die umfangreichen Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten im Stadtbezirk Kalk durchgeführt worden sind.

Herr Thiele SPD - Fraktion kritisiert, dass die Grünflächenverwaltung die örtlichen Interessengruppen noch zu wenig einbezieht, auch wenn es sich größtenteils um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird vor dem Hintergrund möglicher Lebensräume und Nistplätze von Vögeln gebeten a) eine Gesamtplanung der geplanten Schnitte und Fällungen von Bäumen und größeren Sträuchern für die einzelnen Stadtteile vorzulegen. Darüber hinaus sollten aus diesen Darstellungen auch hervorgehen b) an welchen Stellen Aufforstungen bzw. Ersatzpflanzungen (vor allem Sträucher) in den Stadtteilen vorgenommen werden sollen und c) wann dies geschehen soll. Zudem bitten wir die Verwaltung uns über die Bepflanzungen im Bürgerpark zu berichten: welche Bäume werden dort in welcher Anzahl gepflanzt werden? Sind darüber hinaus weitere Anpflanzungen beispielsweise Sträucher vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: bei Stimmgleichheit mit den Nein-Stimmen der CDU – Fraktion, der Einzelvertreterinnen Wirtz (FDP) und Sobania (pro Köln) gegen die Ja-Stimmen der SPD – Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.PDS) **abgelehnt.**

Einzelvertreter Kirchner (NPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

7.2.2 Antrag der Fraktionen CDU und SPD-"Parkende LKW an der Abenteuerhalle"

Frau Gärtner - Plueckthun (CDU – Fraktion) berichtet, dass die Schilder bereits aufgestellt wurden.

Herr Schneider (SPD – Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Abhilfe.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung, durch geeignete Maßnahmen / Beschilderung das Abstellen von LKW in diesem Bereich zu unterbinden.

Die Bezirksvertretung erklärt den Antrag nach Vortrag der Verwaltung für erledigt.

**7.2.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Finanzierung der Sicherheitsleistungen bei Kulturveranstaltungen im Bezirksrathaus Kalk"
Ersetzungsantrag der CDU - Fraktion -Tischvorlage-**

Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Antrag. Ihre Fraktion bittet um Offenlage der Personalkapazitäten und des Personaleinsatzes bei Kulturveranstaltungen der

Bezirksvertretung. Auf Ratsebene muss hier über eventuell erforderliche zusätzliche Kapazitäten entschieden werden.

Bürgeramtsleiter Becker erläutert, dass keine personellen Kapazitäten vorhanden sind. Die Veranstaltungen wurden von den Mitarbeitern bisher auf freiwilliger Basis geleistet. Sofern Punkt 1 des Antrages beschlossen würde, fürchtet er dass zukünftig keine diesbezügliche Bereitschaft mehr besteht. Ebenfalls weist er die diesbezügliche Zeitungsberichterstattung des Kölner Stadtanzeigers vom 10.05.07 zurück und stellt diese richtig. Die Leistungen eines Wachdienstes sind externe Leistungen, die die Stadt Köln einkauft.

Herr Schade (CDU –Fraktion) schließt sich zu dem Punkt 1 des Ursprungsantrages seinem Vorredner an und erläutert den Änderungsantrag.

Herr Krems (SPD – Fraktion) ergänzt, dass es sinnvoll ist, öffentliche Gebäude auch außerhalb der Dienstzeiten den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund teilt seine Fraktion die Grundanliegen des Ursprungsantrages der Fraktion Bündnis/90 Die Grünen sowie des Änderungsantrages der CDU – Fraktion. Er schlägt vor, diese beiden Punkte zu kombinieren.

Herr Schuiszill (CDU – Fraktion) fügt hinzu, dass in diesem Fall im Ursprungsantrag in Punkt 2 das Wort „unentgeltlich“ gestrichen werden soll, da die Gebäudewirtschaft rechtlich verpflichtet ist, Entgelt zu erheben.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Das Bürgeramt Kalk wird gebeten, eine Aufstellung seiner Veranstaltungen im Verhältnis zu seinen Personalkapazitäten für Veranstaltungen außerhalb der Regelarbeitszeit, also am Abend und an Wochenenden zu erstellen und der BV darüber zu berichten.
2. Der Rat und seine zuständigen Ausschüsse werden gebeten, zu prüfen, inwieweit Haushaltsmittel den Stadtbezirken zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können. Und ob von der Gebäudewirtschaft unentgeltliche Dienstleistungen erbracht werden können, um bei abendlichen Veranstaltungen und an Wochenenden Schließdienste und Sicherheitsaufgaben (Bewachung von Veranstaltungen) zu übernehmen. Eine Begrenzung derartiger Dienstleistungen oder Mittel etwa auf bzw. für eine bestimmte Anzahl von Veranstaltungstagen oder –stunden ist erwünscht.

Ersetzungsantrag der CDU Fraktion:

Die antragstellende Fraktion bittet die BV 8, in Ersetzung des o. g. Antrages folgendes zu beschließen:

1. Punkt 1 wird ersatzlos gestrichen.
2. Punkt 2 erhält folgende Fassung:

Die Bezirksvertretung Kalk fordert den AVR auf, im Rahmen des Stellenplans ausreichende Kapazitäten für Hausmeistertätigkeiten im Bezirksrathaus Kalk vorzusehen.

Nach intensiver Diskussion einigen sich die Bezirksvertreter, die beiden Anträge wie folgt zu kombinieren bzw abzuändern und über die drei Punkte getrennt abzustimmen:

1. Das Bürgeramt Kalk wird gebeten, eine Aufstellung seiner Veranstaltungen im Verhältnis zu seinen Personalkapazitäten für Veranstaltungen außerhalb der Regelarbeitszeit, also am Abend und an Wochenenden zu erstellen und der BV darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis: gegen die Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.PDS) **mehrheitlich abgelehnt**

2. Die Bezirksvertretung Kalk fordert den AVR auf, im Rahmen des Stellenplans ausreichende Kapazitäten für Hausmeistertätigkeiten im Bezirksrathaus Kalk vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: Mit den Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Einzelvertreter Wirtz (FDP) und Demirel (Die Linke.PDS) gegen die Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) **mehrheitlich zugestimmt**

Sollte dies nicht möglich sein, soll alternativ

3. der Rat und seine zuständigen Ausschüsse werden gebeten, zu prüfen, inwieweit Haushaltsmittel den Stadtbezirken zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können, und ob von der Gebäudewirtschaft Dienstleistungen erbracht werden können, um bei abendlichen Veranstaltungen und an Wochenenden Schließdienste und Sicherheitsaufgaben (Bewachung von Veranstaltungen) zu übernehmen. Eine Begrenzung derartiger Dienstleistungen oder Mittel etwa auf bzw. für eine bestimmte Anzahl von Veranstaltungstagen oder –stunden ist erwünscht.

Abstimmungsergebnis: Mit den Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Einzelvertreter Wirtz (FDP) und Demirel (Die Linke.PDS) gegen die Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Bezirksvorsteher Dohm lässt über den gesamten Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Gegen die Nein-Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) **mehrheitlich zugestimmt.**

7.2.4 Antrag der CDU - Fraktion: "Aufstellung eines Müllbehälters am Grillplatz in Köln-Brück"

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, am Grillplatz in der Flehbachau in Köln - Brück einen ausreichend dimensionierten Müllbehälter - zumindest in der Warmwetterphase – aufzustellen und regelmäßig zu leeren.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wer entsprechenden in Beuteln gesammelten Müll, der neben überfüllten Müllbehältern abgestellt wurde, von dort mitnehmen kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7.2.5 Antrag der CDU - Fraktion: "Wildes Parken von LKW und Reisebussen im Bereich Neubrück Ergänzungsantrag der SPD - Fraktion als Tischvorlage in der Sitzung

Frau Scheper Amt für Straßen- und Verkehrstechnik erläutert zu Punkt 1, dass die beiden Standorte in einem rechtskräftigen Bebauungsplan liegen, der ein allgemeines Wohngebiet ausweist. Insofern dürfen dort nach der Straßenverkehrsordnung keine Fahrzeuge über 7,5 t regelmäßig abgestellt werden. Eine zusätzliche Beschilderung hält sie für entbehrlich, hier kann allenfalls die Verkehrsüberwachung verstärkt werden.

Die Punkte 2 und 3 werden geprüft.

Beschluss:

Antrag der CDU-Fraktion

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen (Markierungen, Kontrollen, Gespräche, zur Not ergänzende Beschilderung) das Parken an den Standorten Heinrich-Lersch-Str. zwischen Hausnummern 23 und 25 und Joseph-Gockeln-Str. / Rather Kirchweg zu regeln bzw. zu untersagen, soweit z. B. öffentliches Straßenland für gewerbliche Zwecke in Anspruch genommen wird.
2. Die Verwaltung wird weiter gebeten zu prüfen, inwieweit für ortsansässige Fahrer, die am Wochenende ihre Fahrzeuge im Bereich Neubrück abstellen wollen, entsprechende Bereiche ausdrücklich ausgewiesen werden können (z. B. Rather Kirchweg, Autobahnunterführung Merheim).

Ergänzungsantrag der SPD Fraktion:

Punkte 1 und 2 wie im Antrag angegeben.

3. Die Verwaltung wird gebeten, ihre Maßnahmen auch auf die Stadtteile Vingst und Humboldt/Gremberg auszudehnen und geeignete LKW – Plätze zu finden.

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag der CDU – Fraktion mit den Änderungen der SPD Fraktion wird **einstimmig zugestimmt**

7.2.6 Antrag der CDU: "Ordnungspartnerschaft der Stadt Köln zum Thema Lärm im Stadtbezirk"

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie das Konzept der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei zum Thema Lärm/Ruhestörung durch die neuen Lärmstreifen auf den Stadtbezirk Kalk ausgeweitet werden kann.

-vertagt-

7.2.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen-Bau einer Überdachung im Eingangsbereich der Sporthallen der Katharina-Henoth-Gesamtschule

Herr Schuiszill (CDU – Fraktion) erläutert, dass bei der Planung der neuen Sporthalle ein überdachter Verbindungsgang zwischen den Eingängen der alten und neuen Turnhalle vorgesehen war. Da aber in diesem Bereich alle Versorgungsleitungen der Sporthallen verlaufen, war für die Fundamente der Überdachung kein Platz und der überdachte Gang wurde

aus der Planung ersatzlos gestrichen. Während des Schulbetriebs werden sich aber zukünftig jeden Morgen 3 Klassen (d.h. ca. 90 Schülerinnen und Schüler) im Eingangsbereich der beiden Hallen, auch bei schlechtem Wetter, z.B. in den Wintermonaten, ungeschützt aufhalten. Bei dem Ortstermin am 26.04.07 hat die Schulleitung eindringlich auf diese Problematik hingewiesen und um Abhilfe gebeten.

Herr Thiele (SPD – Fraktion) kritisiert, dass nach offiziellem Richtfest und Einweihung noch ein derartig gravierender Mangel vorhanden ist.

Einzelvertreter Kirchner (NPD) macht darauf aufmerksam, dass es bereits im vorderen Bereich im Pausenhof eine Unterstellmöglichkeit gibt, wo die Schüler zum Klingelzeichen gesammelt werden könnten. Dies wäre eine kostenlose Alternative.

Beschluss:

Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, die Verwaltung mit entsprechenden Planungen zu beauftragen, um, auch wenn aus bautechnischen Gründen eine Überdachung direkt an den Sporthalleneingängen nicht möglich sein sollte, für die Schülerinnen und Schüler einen überdachten Bereich in der Nähe der Eingänge zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8 Verwaltungsvorlagen

8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

8.1.1 Bike-and-ride-Konzept der Stadt Köln hier: Standorte für Fahrradboxen im Stadtbezirk Kalk Unterlagen wurden bereits zur Sitzung am 01.02.07 umgedruckt Änderungsanträge der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Ds-Nr. 002/807

Frau Schmedemann (SPD – Fraktion) weist darauf hin, dass die Haltestelle Trimbornstraße Gelände der Deutschen Bahn AG und nicht der KVB ist. Dies könnte dem Aufstellen der Fahrradboxen im Wege stehen.

Frau Diemer (Bündnis 90/Die Grünen) bittet dennoch darum, diese Variante als Prüfauftrag mit aufzunehmen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, die Fahrradboxen der 1. und 3. Baustufe im Rahmen des Bike-and-ride-Konzeptes der Stadt Köln an den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorten aufzustellen.

Ergänzungsantrag CDU Fraktion:

4. Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der Fortentwicklung des Konzepts die Stadtbahnhaltestelle Merheim vordringlich in der 4. Baustufe zu berücksichtigen.

5. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, bei der optischen Gestaltung (Anstrich) der geplanten Fahrradboxen einen dezenteren Farbton als das bisher geplante Rot zu wählen, damit eine bessere Einfügung in das Landschaftsbild erreicht wird.

Die SPD Fraktion zieht ihren Änderungsantrag zurück.

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, die S-Bahn-Haltestelle „Trimbornstraße“ als weiteren Standort für Fahrradboxen bei der Planung der nächsten Baustufe vordringlich zu berücksichtigen.

Nach intensiver Diskussion stimmt die Bezirksvertretung der ergänzten Beschlussvorlage der Verwaltung sowie den beiden Ergänzungsanträgen wie folgt zu:

1. Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, zu prüfen, die S-Bahn-Haltestelle „Trimbornstraße“ als weiteren Standort für Fahrradboxen bei der Planung der nächsten Baustufe vordringlich zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung der Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) **einstimmig zugestimmt.**

2. Ergänzungsantrag CDU Fraktion:

- a. Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der Fortentwicklung des Konzepts die Stadtbahnhaltestelle Merheim vordringlich in der 4. Baustufe zu berücksichtigen.
- b. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, bei der optischen Gestaltung (Anstrich) der geplanten Fahrradboxen einen dezenteren Farbton als das bisher geplante Rot zu wählen, damit eine bessere Einfügung in das Landschaftsbild erreicht wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

3. Beschlussvorschlag der Verwaltung

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, die Fahrradboxen der 1. und 3. Baustufe im Rahmen des Bike-and-ride-Konzeptes der Stadt Köln an den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorten aufzustellen. Beim Standort Vingst sollen die Fahrradboxen gemäß anliegender Skizze (Variante 2) in Flucht der Stützen aufgestellt werden. Die Fahrradhaltenadeln sollen schräg aufgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8.1.2 Bericht über den Ausführungsstand der Beschlüsse der Bezirksvertretung Kalk - Halbjahresbericht-Vorlage wurde separat ausgehändigt DS Nr. 004/807

Beschluss:

-vertagt-

8.1.3 Verwendung der Kulturmittel für den Stadtbezirk Kalk 2007 DS NR: 009/807

Beschluss

Die BV Kalk beschließt die Verwendung der Haushaltsmittel für kulturelle Aktivitäten im Stadtbezirk Kalk in Höhe von 8.200,00 € wie folgt:

Nachwuchsbandfestival „Kalk Rockt“ in Kooperation mit der Abenteuerhalle Kalk	4.500,00 €
Bezirksvereinstag mit Sportlerehrung	800,00 €
„Rheinischer Nommedag“	1.300,00€
„Kölsche Weihnacht“	300,00 €
Kunstaussstellungen	300,00 €
Kirchenchorveranstaltung der kath. Kirchengemeinde „Sankt Marien“	1.000,00 €

Bei den Veranstaltungen „Kalk Rockt“, „Kölsche Weihnacht“ und „Rheinischer Nommedag“ soll jeweils ein Eintrittsgeld von 3,00 € erhoben werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

8.2.1 Fünfjahresprogramm der Erschließungsmaßnahmen / Straßenbau hier: Erschließungsmaßnahmen 2007 Ds-Nr.: 0305/007

Herr Schuiszill (CDU – Fraktion) kritisiert, dass die Wilhelm-Griesinger-Straße wieder keine Berücksichtigung gefunden hat. Dieses Thema beschäftigt die Bezirkspolitik bereits seit einiger Zeit. Die Anwohner fordern ebenfalls den baldigen Ausbau der Straße.

Er bittet um Auskunft, wann mit dem Beginn der Maßnahme gerechnet werden kann. Ebenso handelt es sich um einen Schulweg für die Schüler des Schulzentrums Ostheim. Dieser Weg ist an einigen Stellen für Radfahrer „zum Hindernisparcours“ geworden. Er bittet daher dringend darum, sofern mit der Ausbauplanung nicht unmittelbar begonnen werden kann, die akuten Gefährdungen kurzfristig zu beseitigen.

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Die BV Kalk empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Verkehrsausschuss stimmt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung der Verwendung der Mittel in den Haushaltsjahren 2007 für die Teilmaßnahmen innerhalb der Ortslagen gemäß dem beigefügten Fünfjahresprogramm im Unterabschnitt 6300 zu.

Der dargestellte Mittelbedarf 2008 ff. wird vorbehaltlich der Haushaltssatzungen der entsprechenden Haushaltsjahre aufgrund des jährlich fortzuschreibenden Maßnahmenprogramms in

Ansatz gebracht.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen 1 bis 9 dem Fünfjahresprogramm uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**8.2.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar
Ergänzungsantrag der SPD - Fraktion
Ds-Nr.: 0332/007**

Herr Irion erläutert die Vorlage. Diese wurde vom Stadtentwicklungsausschuss an die Bezirksvertretung zur Vorberatung verwiesen. Der anschließend vom Stadtentwicklungsausschuss zu treffende Aufstellungsbeschluss eröffnet dann gem. der neuen Regelung des § 13 a Baugesetzbuch den Bürgern innerhalb einer Frist von 14 Tagen die Möglichkeit der Einsichtnahme und des Widerspruchs. Vor ca. 8 Jahren hat es hier bereits eine vorgezogene Bürgerbeteiligung gegeben. Die Erschließung der bestehenden Wegeverbindung zu einem öffentlichen Weg, die auch Gegenstand des SPD – Ergänzungsantrages ist, wurde bereits im Stadtentwicklungsausschuss gefordert. Aus Sicht der Verwaltung besteht hier jedoch kein Erfordernis, da in 60 m östlichem Abstand Richtung Gröppersgasse eine Querungshilfe vorgesehen ist. Zusätzlich befindet sich an der Kreuzung Gröppersgasse ein von Schülern stark frequentierter Kiosk, so dass die Bündelung der Fußgängerströme ratsam ist. Der Investor hatte angekündigt, den Weg nicht bauen zu wollen. Sollte dieser jedoch Beschlusslage werden, könnte die Verwaltung den Bau jedoch verlangen. Die Erschließungskosten lägen dann beim Projektentwickler. Die späteren Unterhaltungskosten für den dann öffentlichen Weg und die Ampel sowie die Beleuchtung müsste die Stadt Köln tragen. Er befürchtet Bedenken der Anwohner der Gröppersgasse gegen den Weg.

Herr Hambloch (CDU – Fraktion) begrüßt das Bauvorhaben und wundert sich über den Ergänzungsantrag. Er hält diesen nicht für erforderlich und bezieht sich diesbezüglich auf die Ausführungen von Herrn Irion. Im Übrigen hat der Grundstücksbesitzer den Weg in der Vergangenheit in Eigeninitiative gepflegt. Daher hält Herr Hambloch es für nicht angebracht, ihn nun zur Erschließung des Weges zu verpflichten. Weiterhin bedeutet die reguläre Wegeführung einen „Umweg“ von lediglich 60 m. Dies betrifft lediglich die Kinder, die aus dem südlichen Bereich der Lützerathstraße kommen. An der Stelle, wo die Ampel heute steht, verjüngt sich der Gehweg, so dass die Ampel zum sicheren Queren notwendig wurde. Die Problematik entfällt beim Ausbau der Lützerathstraße.

Herr Krems (SPD – Fraktion) trägt vor, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen in einem gewissen Maße prägend für den Stadtteil Rath/Heumar sind. Er hält eine Vollversiegelung für nicht vertretbar. Im Umfeld der Rather Burg wird es immer eine solche Fläche geben müssen. Andererseits ist es selbstverständlich, gut erschlossene Flächen zu bebauen. Bei der vorliegenden Planung muss sichergestellt sein, dass der Bestand der angrenzenden Sportplätze nicht gefährdet wird. Seine Fraktion wird nur vorbehaltlich der Erhaltung des Fußwegs zustimmen. Dieser wird rege genutzt, u. a. als Schulweg und von Passanten aus dem Bereich der Rösrather und Lützerathstraße. Ebenso spricht bereits das Vorhandensein der Ampel an dieser Stelle für die Tatsache, dass der Weg intensiv genutzt und benötigt wird. Die von der Verwaltung vorgetragenen Bedenken hinsichtlich der Unterhaltungskosten hält er für nicht überzeugend, da der Investor ohnehin eine Stichstraße plant, deren Unterhaltung in die öffentliche Hand fällt. Die durch die zur Diskussion stehende Wegeverbindung entstehenden zusätzlichen Kosten sind im Verhältnis hierzu überschaubar. Hinsichtlich des von Herrn Hambloch vorgebrachten Argumentes, der Eigentümer könne aufgrund der Be-

reitstellung des Weges in der Vergangenheit nicht zur Erschließung des Weges verpflichtet werden, weist Herr Krems darauf hin, dass mit dem Beschluss über den Bebauungsplan eine erhebliche Wertsteigerung des Grundstücks einhergeht. Hier geht es darum, das Allgemeine Interesse gegenüber dem des Einzelnen abzuwägen. Bedenken der Anwohner gegen den Weg sieht er nicht, da diese in der Vergangenheit ausgeblieben sind. Die in einem Einfamilienhausgebiet bestehende soziale Kontrolle trägt für ihn zur Stabilisierung der Sicherheitslage bei.

Ratsmitglied Frau Gärtner sieht in der Planung eine erhebliche Verbesserung zur ursprünglichen Planung. Im Gegensatz zu damals wurde die Bebauung nun in größerer Entfernung zum dortigen landwirtschaftlichen Betrieb vorgesehen. Das zukünftige Bauland wird derzeit nicht mehr landwirtschaftlich genutzt, allerdings engagiert sich der Betrieb im Freiraum Brück / Rath/Heumar stark im Landschaftsschutz. Dies muss nach ihrer Meinung honoriert werden. In der damaligen Anhörung hierzu wurde der nun umstrittene Weg nicht gefordert.

Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert, dass die vorliegenden Planungen bei den kürzlich erfolgten Beratungen zum Ausbau der Lützerathstraße nicht mitgeteilt wurden. Dies hätte die Entscheidung hinsichtlich der Baumfällungen in einem anderen Licht erscheinen lassen. Sie sieht die angekündigte Erhaltung des Landschaftscharakters mangels der angekündigten „Durchblicke“ nicht erfüllt. Daher wird ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Einzelvertreterin Wirtz (FDP) begrüßt das Bauvorhaben. Sie hält die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung von 1999 angesichts der geänderten Planung nicht mehr für aktuell. Sie schließt sich in ihrer Argumentation gegen den Fußweg im Wesentlichen den Ausführungen von Herrn Hambloch an.

Einzelvertreter Kirchner (NPD) wird die Vorlage aufgrund der Vernichtung von Grünflächen ablehnen. In der Vergangenheit wurden im Stadtbezirk viele Grünflächen und landwirtschaftliche Flächen zerstört.

Herr Schuiszill (CDU – Fraktion) erklärt, dass auch in Stadtteilen mit viel Grün möglich sein muss, an geeigneten Stellen Arrondierungen vorzunehmen. Aus dem Grund stimmt seine Fraktion dem Ergänzungsantrag nicht zu.

Ergänzungsantrag SPD – Fraktion:

Der Stadtentwicklungsausschuss wird gebeten, die Verwaltungsvorlage mit folgender ergänzender Maßgabe zu beschließen:

Die im Plangebiet vorhandene Fußwegverbindung von der Gröppersgasse zur Lützerathstraße soll bestehen bleiben und planungsrechtlich als öffentliche Wegeverbindung dauerhaft abgesichert werden.

Abstimmungsergebnis: mit den Nein-Stimmen der CDU – Fraktion, der Einzelvertreterinnen Wirtz (FDP) und Sobania (pro Köln) bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Kirchner (NPD) gegen die Ja-Stimmen der SPD – Fraktion und des Einzelvertreters Demirel (DieLinke.PDS) **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die BV Kalk empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB einen Bebauungsplan für

das Gebiet zwischen der nördlichen Straßenseite der Lützerathstraße nach Süden folgend entlang der westlichen Grundstücksgrenze der Flurstücke 1447, 1461 und 1464, nach Westen folgend entlang der nördlichen Grundstücksgrenze des Flurstücks 866, dann ca. 82 m nach Norden und anschließend ca. 210 m nach Westen folgend bis zur östlichen Grundstücksgrenze des Flurstücks 250/3, dieser nach Norden folgend bis zur nördlichen Straßenseite der Lützerathstraße —Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar— aufzustellen mit dem Ziel, Wohnbauflächen festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mit den Nein-Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelvertreter Demirel (DieLinke.PDS), Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) gegen die Ja-Stimmen der CDU – Fraktion und Einzelvertreterin Wirtz (FDP) **mehrheitlich abgelehnt**

8.2.3 Festlegung der Zügigkeit der Grundschulen in städtischer Trägerschaft Bestätigung der Zügigkeit in Zusammenhang mit der Abschaffung der Schulbezirke Ds-Nr.: 0369/007

Herr Hölzer vom Schulverwaltungsamt erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die BV Kalk empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die in der Anlage 1 dargestellten Zügigkeitsänderungen der Grundschulen. Darüber hinaus bestätigt der Rat der Stadt Köln die im Vergleich zum Schulentwicklungsplan 2000 – 2010 nicht veränderten Zügigkeiten an den einzelnen Grundschulstandorten.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Es liegt im dringenden öffentlichen Interesse, dass der Schulträger nicht durch eingelegte Rechtsmittel Einzelner gegen die Zügigkeitsänderungen an den in der Anlage genannten Grundschulen zu einem erheblichen finanziellen, personellen und organisatorischen Aufwand durch die Aufrechterhaltung der bisherigen Zügigkeit für die Dauer eines möglicherweise mehrjährigen Rechtsmittelverfahrens gezwungen wird. Im Übrigen liegt es im Interesse aller Eltern, dass rechtzeitig zur Anmeldung der Schulneulinge für das Schuljahr 2008/09 Sicherheit über die Aufnahmekapazitäten an den einzelnen Grundschulen besteht.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verzichtet auf den 2. Durchgang, sofern alle Bezirksvertretungen dem Beschlussvorschlag ohne Änderung zustimmen.

Abstimmungsergebnis: gegen die Stimme des Einzelvertreters Demirel (DieLinke.PDS) bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit allen anderen Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Ergänzungsantrag der CDU – Fraktion:

Der Verwaltungsvorlage wird mit der Ergänzung zugestimmt, dass die KGS Andreas-Hermes-Straße in Köln-Neubrück 2,5 zügig bleiben soll.

Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **einstimmig**

zugestimmt

8.2.4 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74459/07 Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim Ds-Nr.: 0399/007

Frau Schmedemann (SPD – Fraktion) fragt, ob es zutreffend ist, dass die Rotonda das Gelände der Protonenklinik an einen privaten Investor veräußert hat, der dort den Bau einer Reihenhaussiedlung plant. Wie korrespondiert dies mit der Einflugschneise des Hubschraubers?

Herr Irion erklärt, dass am beabsichtigten Bau der Protonenklinik nach seinem Kenntnisstand festgehalten wurde und der Baubeginn voraussichtlich im Sommer 2007 sein soll. Der Bereich südlich des Grundstücks der Protonenklinik soll unter Beachtung der Einflugschneise des Hubschraubers einer Wohnbebauung zugeführt werden. Ein Bauantrag hierzu liegt der Verwaltung bislang jedoch noch nicht vor.

Zum B-Plan selbst: Der Stadtentwicklungsausschuss ist der Anregung der BV anlässlich der vorangegangenen Offenlage hinsichtlich der Erhaltung der Grünfläche bzw. Ausbau der Spielflächen nicht gefolgt. Jedoch hat der Investor nun zugesichert, die zentrale Grünfläche auszubauen sowie die Fertigstellung der Spielflächen voranzutreiben und die markante Bebauung an der Straße „Am Eichenbrett“ vorzuziehen. Hier soll das städtebauliche Profil geschärft werden. Ebenfalls soll am östlichen Siedlungsrand eine viergruppige Kindertagesstätte entstehen. Die Wegeverbindung nach Neubrück ist bereits hergestellt. Hier ist der Investor auf die Wünsche der Bezirksvertretung eingegangen. Auf Nachfrage von Frau Schmedemann erläutert Herr Irion, dass die zentrale Platzfläche in der Mitte der Siedlung eine grüne Erholungsfläche mit Spielmöglichkeiten für Kinder sein wird. Die Madaussiedlung wird nach Abschluss der Baumaßnahme ein Schmuckstück in Merheim sein.

Einzelvertreter Kirchner (NPD) stimmt der Vorlage nicht zu, da viele Anregungen zur Nahversorgung nicht umgesetzt wurden. Ebenso befürchtet er, dass die geplante Reihenhaussiedlung sich nachteilig zum Ortsteil entwickeln könnte.

Herr Krems (SPD – Fraktion) resümiert die planerischen Fehler der Vergangenheit, insbesondere die Kerngebietsausweisung zur Olpener Straße hin (heutiger Kauflandstandort), sowie die dichte Bebauung des Geländes. Er erläutert, dass seine Fraktion der Änderungsplanung nicht zustimmt, da hier die Nachverdichtung ohne die geforderte zusätzliche Grün- bzw. Spielflächen vollzogen werden soll. Er bedauert, dass der Stadtentwicklungsausschuss dieser breit getragenen Initiative der Bezirksvertretung Kalk in seiner letzten Sitzung nicht gefolgt ist. Nun herrscht ein großes Defizit an Grünflächen. Einige Initiativen der Bezirksvertretung sind jedoch von Erfolg gekrönt gewesen, wie z.B. qualitative Verbesserung der vorhandenen Grünflächen, vorzeitige Nutzbarkeit der Spielflächen und vorgezogener Beginn der Erstellung von Grünflächen. Aus Sicht der SPD – Fraktion ist auch die beabsichtigte Umsetzung des Verbindungsweges „Am Sonnenhut“ unverzichtbar. Nachteilige Aspekte, die im Zusammenhang mit der Planung stehen, sind, dass eine Vielzahl von städtebaulichen Verträgen mit den Investoren geschlossen wurden, die zu einem großen Teil zum Ergebnis haben, dass die planungsrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die Politik noch hat, an dieser Stelle begrenzt worden sind. Er richtet den Appell an die Verwaltung, zukünftig bei vergleichbaren Gebieten sorgsam mit diesem Instrumentarium umzugehen und dafür zu sorgen, dass im Hinblick auf die Entscheidungsgremien rechtzeitig entsprechende Transparenz gegeben ist. Weiter besteht bei seiner Fraktion die Sorge um die städtebauliche Qualität insbesondere im Bereich des Hibiskusweges, wo eine recht enge Bebauung vorgesehen ist. Sollte es wider Erwarten nicht zum Bau der Protonenklinik kommen, so lehnt seine Fraktion eine weitere

Wohnbebauung auf diesem Gelände ab. Seine Fraktion möchte an der ursprünglichen Beschlusslage festhalten und kann aus diesem Grund der Vorlage nicht zustimmen, da sie keine der früheren Forderungen beinhaltet. Er appelliert an den Stadtentwicklungsausschuss, an dieser Stelle nicht zu beschließen, sondern auf der Grundlage des BV - Beschlusses eine erneute Offenlage mit ergänzter Grünfläche durchzuführen.

Frau Dr. Behring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert das gesamte Planungsverfahren. Nachdem das Gebiet ursprünglich großzügig als „Merheimer Gärten“ geplant worden war, wurde dies Stück für Stück verschlechtert (Stichwort Kaufland und Nachverdichtung). Sie schließt sich den Ausführungen von Herrn Krems zu den städtebaulichen Verträgen an. Insbesondere der Politik auf Bezirksebene muss hier ein Spielraum erhalten bleiben, da diese auf die Akzeptanz der Menschen vor Ort angewiesen ist. Ihre Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen. Auch sie appelliert an den Stadtentwicklungsausschuss, sich diesem Votum anzuschließen und nach besseren Möglichkeiten zu suchen.

Herr Schuiszill (CDU – Fraktion) erklärt, dass auch seine Fraktion sich das ursprüngliche Bauvorhaben wesentlich aufgelockerter und mit wesentlich mehr Grün vorgestellt hatte. Die grundsätzlichen Beschlüsse zu dem Thema sind jedoch bereits vor einiger Zeit getroffen worden. Nun geht es um die Fläche, die aufgrund der Umsiedlung der Hubschrauberbetriebsstation für eine Bebauung in Frage kommt. Hierbei handelt es sich nicht um eine zusätzliche Verdichtung, sondern um die Wiederherstellung des Zustandes, wie er von Anfang an in den Planungen vorhanden gewesen ist, und die lediglich aufgrund baurechtlicher Bedenken bis zur Klärung hinsichtlich des Hubschraubers auf Eis gelegt wurde, und mit einem „Platzhalter“ Grün versehen werden musste. Über die Fehler der Vergangenheit und der städtebaulichen Verträge wurde bereits viel diskutiert, man kann jedoch aus seiner Sicht im Rahmen einer Gesamtabwägung die Vorlage an dieser Frage nicht scheitern lassen. Bezüglich der Grünfläche kritisiert er, dass die Verwaltung die Bezirkspolitik nicht auf rechtliche Schwierigkeiten hingewiesen hat. Erst in den Vorberatungen des Stadtentwicklungsausschusses wurde seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass eine Ablehnung rechtlich nicht möglich ist, es sei denn, man wolle den Bestand sämtlicher städtebaulicher Verträge und der damit verbundenen Vereinbarung über die Ausgleichszahlung aufgrund der Verlagerung der Hubschrauberstation sowie der Vereinbarung der flächenmäßigen Begrenzung von Kaufland in Frage stellen. Aus diesem Grund ist der Stadtentwicklungsausschuss den Anregungen aus der BV nicht gefolgt. Eine neue Beratungsrunde wird an den rechtlichen Gegebenheiten nichts ändern. Aus diesem Grund wird seine Fraktion in der Gesamtabwägung zwischen den bisherigen Errungenschaften wie z.B. dem Verbindungsweg, dem Bau des Kindergartens sowie einiger anderer Punkte einerseits und der rechtlichen Bindungswirkung andererseits der Vorlage zustimmen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung

Die BV Kalk empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt

1. über die zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74459/07 für das Gebiet (siehe Anlage 1 a)
 - a) zwischen der Krankenhausstraße, dem westlichen Siedlungsrand von Neubrück, westlich der L 286 n (Autobahnzubringer zur BAB 4), entlang des Anisweges, des Aloeweges, der Hopfenstraße, des Salbeiweges und dessen gedachte Verlängerung zur Krankenhausstraße und
 - b) im Bereich des geplanten Kreisverkehrs an der Olpener Straße/Krankenhausstraße/Ostmerheimer Straße und
 - c) um den Bereich eines öffentlichen Geh- und Radweges zwischen der Olpener Straße und der Straße Am Sonnenhut
- Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim– abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;

2. den Änderungsentwurf nach § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) im WA 1 um ein Leitungsrecht zu ergänzen;
3. die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74459/07 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis: mit den Nein- Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Einzelvertreter Demirel (DieLinke.PDS), Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) gegen die Ja-Stimmen der CDU - Fraktion und der Einzelvertreterin Wirtz (FDP) **mehrheitlich abgelehnt**

8.2.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70459/05 Arbeitstitel: Kunftstraße in Köln-Kalk Ds-Nr.: 0418/007

Beschluss:

Die BV Kalk empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70459/05 für das Gebiet zwischen der B 55a (Stadtautobahn), der Ostseite der Kalk-Mülheimer Straße, der Nordseite der Wipperfürther Straße und ihrer Verlängerung bis an die Ostseite der Straße des 17. Juni und entlang dieser nach Norden bis zur Stadtautobahn —Arbeitstitel: Kunftstraße in Köln-Kalk— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan Nr. 70459/05 nach § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis: Mit den Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, der Einzelvertreter Wirtz (FDP) und Demirel (Die Linke.PDS) gegen die Nein-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (Pro Köln) **mehrheitlich zugestimmt**

8.2.6 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen Ds-Nr.: 0425/007

Herr Bürgeramtsleiter Becker erläutert, dass in beiden Fällen Antragsteller die neu gegründete Immobilienstandortgemeinschaft ist.

Beschluss

Die BV Kalk empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Anfragen gem §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9.1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9.1.1 Interfraktionelle Anfrage der BV Kalk am 22.03.07- Vermietung eines Ladenlokals im Bezirksrathaus Kalk

Herr Thiele (SPD –Fraktion) kritisiert die Stellungnahme dahingehend, dass es sich bei dem Kiosk mit seinem Süßigkeiten und Snackangebot keinesfalls um eine Ergänzung zu dem bestehenden Versorgungsangebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksrathauses handelt. Vielmehr bietet der Kiosk ein identisches Angebot wie die auf der Kalker Hauptstraße bereits zahlreich vorhandenen Kioske und Imbissbuden. Hier wird unter Nutzung öffentlicher Gebäude unnötige Konkurrenz gefördert. Dies ist als Schwächung des Bezirkszentrums zu sehen.

9.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion: Sachstand städtische Immobilie "Gräfenhof" in Köln-Brück

Frau Topp-Burghardt kritisiert die Stellungnahme der Verwaltung dahingehend, dass es dort heißt, das Gebäude sei völlig marode und müsse abgerissen werden. Sie weist darauf hin, dass das Gebäude vor nicht allzu langer Zeit in Teilen renoviert worden ist. Aufgrund der beiden Neubaugebiete „Oberer Bruch“ und die „Merheimer Gärten“ wird es zukünftig eine stärkere Nachfrage an Kindergarten- oder Grundschulplätzen geben. Ist die Immobilie verkauft, gibt es dort keine derartige Unterbringungsmöglichkeit mehr. Im Übrigen gibt es in Köln-Brück aufgrund des durch die zukünftig verstärkte „U 3 Betreuung“ und der Umstellung des Schlüssels der Erzieherinnen absehbaren Mangels an Kindergartenplätzen eine Elterninitiative.

Sie fragt die Verwaltung, ob es vor dem erklärten Mehrbedarf an Betreuungsplätzen tatsächlich verantwortlich ist, diese Immobilie zu verkaufen.

Bürgeramtsleiter Becker erläutert, dass die Renovierungsarbeiten seinerzeit von einem Initiativkreis von Eltern durchgeführt worden sind. Die Voraussetzungen für die Unterbringung einer Kindertagesstätte sind dort derzeit nicht gegeben. Hier wären gravierende Umbauarbeiten in einer finanziellen Höhe erforderlich, die aus seiner Sicht einen Abriss und Neubau nahelegen würden.

**9.1.3 Autobahnhinweisschild Hans-Schulten-Straße
hier: Anfrage des RM Pohl aus der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am**

01.02.2007, TOP 9.3.4

- 9.1.4 Linksabbieger von der Olpener Straße in den Pohlstadtsweg
hier: Anfrage Frau Topp-Burghardt (CDU-Fraktion) aus der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk vom 01.02.2007, TOP 9.3.3**
- 9.1.5 Rahmenplanung zur städtebaulichen Entwicklung des Stadtbezirks Kalk -
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung am 22.03.07**
- 9.1.6 Ehemaliges Pförtnerhäuschen der Fa. Madaus-Anfrage des Einzelvertreters
Kirchner (NPD in der Sitzung am 22.03.07
Tischvorlage**

Einzelvertreter Kirchner (NPD) sieht seine Frage nicht beantwortet und fragt, wer Eigentümer der Immobilie ist, und warum es nicht zu der seinerzeit von der SPD – Fraktion geforderten sozialen Nutzung gekommen ist.

9.2 Neue Anfragen

- 9.2.1 Anfrage der CDU - Fraktion: "Udmurtisches Holzhaus des Künstlers Igor
Sacharov-Ross auf dem Gelände der BK Westerwaldstraße (Georg-Simon-
Ohm-Schule)"
Stellungnahme des Fördervereins "Syntopia e.V." liegt vor
Stellungnahme Verwaltung -Tischvorlage-**
- 9.2.2 Anfrage der Einzelvertreterin Sobania (pro Köln) - Schwimmkenntnisse der
Kalker Schüler
Stellungnahme der Verwaltung liegt vor - Tischvorlage-**
- 9.2.3 Anfrage der Einzelvertreterin Sobania (pro Köln): Jugendbande in der
Ostheimer Straße**
- 9.2.4 Anfrage der SPD- Fraktion: Grundstücksmarktbericht 2007 für den Stadtbe-
zirk Kalk
Stellungnahme der Verwaltung liegt als Tischvorlage vor**

Herr Thiele kritisiert, dass seine Fragen nicht beantwortet sind.

Er fragt zu Antwort 1 nach, wer für die Verwaltungsgebühren aufkommt.

Zur Antwort 2: Warum wird die Analyse nicht gegeben? Die Angaben zu den einzelnen Stadtteilen hat Herr Thiele gefunden, aber es fehlt die Analyse zu den Parametern Flächenumsatz, Geldumsatz, Bodenwerte usw...

Zu Antwort 3: Welche Trends lassen sich feststellen?

Zu Antwort 4: Welche Liegenschafts- oder stadtentwicklungspolitische Maßnahmen werden für den Stadtbezirk Kalk empfohlen?

9.2.5 Anfrage der CDU - Fraktion: Aufstellung einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage

9.3 Mündliche Anfragen

9.3.1 Anfrage von Herrn Schneider (SPD - Fraktion) - Baumaßnahmen auf dem städtischen Grundstück Kuthstraße neben dem Vingster Hof

Herr Schneider (SPD – Fraktion) fragt: Welche Baumaßnahmen finden auf dem o. a. Grundstück derzeit statt? Dieses Grundstück war seinerzeit für einen Kindergarten vorgesehen.

9.3.2 Anfrage von Herrn Thiele (SPD - Fraktion): Parkplatzsituation rund um das Höhenbergbad in der Germaniasiedlung in Höhenberg

Herr Thiele (SPD –Fraktion) weist auf die äußerst angespannt Parkplatzsituation rund um das Höhenbergbad in der Germaniasiedlung Köln-Höhenberg hin. Hierzu gibt es bereits einen Beschluss der BV Kalk, die Fläche neben dem Bad entsprechend als Parkplatz zur Verfügung zu stellen. Im Halbjahresbericht 2006 hatte die Verwaltung hierzu geantwortet, dass die Fläche nach B-Plan Bauland ist und insofern für eine höherwertige Nutzung vorgesehen ist.

Herr Thiele fragt: welche höherwertige Nutzung ist hier konkret vorgesehen?

Bürgeramtsleiter Becker berichtet, dass seitens der Bäder GmbH nicht vorgesehen ist, zusätzliche Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Die Sanierung des Bades war keine flächenmäßige Vergrößerung sondern eine Attraktivierung. Insofern bestehen keine neuen Auflagen hinsichtlich zusätzlicher Parkplätze.

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

10.1.1 Bericht von Herrn Bezirksvorsteher Dohm zu Einbürgerungen

Herr Dohm berichtet über das Einbürgerungsverfahren. Die Verwaltung hat das Konzept vorgelegt. Danach sollen die Bezirksvorsteher grundsätzlich die Einbürgerungen vornehmen. Am 09.05.07 um 15.00 h hat die erste Einbürgerungsveranstaltung stattgefunden. Vorgesehen ist es, alle 14 Tage eine Feier stattfinden zu lassen.

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

**10.2.1 Umsetzung des Ratsbeschlusses
"Aufbau sozialraumorientierter Hilfsangebote in Köln" Beauftragung der Träger der weiteren 4 Sozialräume**

Herr Thiele mahnt die sozialraumorientierte Bezirkskonferenz an. Wieweit sind die diesbezüglichen Planungen in den beiden Sozialräumen des Stadtbezirks Kalk?

**10.2.2 Aufstellung von Spielgeräten auf öffentlichen Spielplätzen
hier: Spielplatz "An der Rather Burg" in Köln-Rath/Heumar**

10.2.3 Bezirksdienliche Mittel 2006, die dem "Sport in Köln" zugute gekommen sind

**10.2.4 1. Spendeneinnahmen für öffentliche Spielplätze in 2006
2. Plätze durch Investoren finanziert**

10.2.5 Spielplatzpatenschaften in Köln im Jahr 2006

Herr Thiele fragt, wie der Sachstand Spielplatz Nobelstraße in Köln-Vingst ist?

**10.2.6 Möblierung des Gehwegs im Bereich Kalker Hauptstraße/Vietorstraße
Stellungnahme zum entsprechenden Beschluss der BV Kalk am 01.02.2007**

**10.2.7 Baumaßnahmen Offene Ganztagschule im Primarbereich
hier: Einzelvorhaben mit Terminproblemen**

10.2.8 Sonderprogramm für Unterhaltungsmaßnahmen im öffentlichen Straßenland

Frau Gärtner-Plückthun fragt nach dem Sachstand der anderweitigen Nutzung des Festplatzes Höhenberg.

10.2.9 Schall- und Lärmentwicklung im Ortsteil Brück

10.2.10 Prioritätenliste Fahrgastunterstände

10.2.11 Bürgeraktion " Notinsel"

Frau Dr. Behring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung, die Mitteilung zu 10.2.11 sowohl inhaltlich und sachlich zu korrigieren und dies entsprechend an die Fraktionen weiterzugeben.

Sie stellt richtig:

An dem in der Vorlage zitierten Abstimmungsgespräch haben nicht alle Beteiligten teilgenommen. (Absatz 3 letzter Satz)

II. Nichtöffentlicher Teil

Es liegen keine Vorgänge im Nichtöffentlichen Teil vor.

für TOP 8.2.3: Schneider, stellvertr. Bezirksvorsteher

Dohm, Bezirksvorsteher

Gutenberger, Schriftführerin